

lehnen müssen. Da haben wir etwa jetzt den Herrn Landgerichtspräsidenten Schmiedel von Zwickau, der in einer Strafsache ein charakteristisches Urteil sprach, das für die Einheit Deutschlands auf seine Weise arbeitet. In einer Nadelfabrik waren soundso viel Dinge nach dem Westen verschoben worden, sind laufend Spionageberichte nach dem Westen gegangen, und das Urteil lautete wörtlich: „Die Strafkammer käm zu dem Resultat, daß unter dem Gesichtspunkt der Einheit Deutschlands eine Nadelfabrikation in der Westzone keine verbotene Konkurrenz für derartige Betriebe unserer Zone darstellt.“ Das ist also eine besondere Einheit Deutschlands, die sie vertreten, und wir können sagen, sachlich berechtigte Kritik an solchen Urteilen wird erst in dem Maße verschwinden, in dem es gelingt, die Erneuerung des Justizapparates zu vollenden. Das aber kann nicht, wie manche träumen, durch die Wiedereinstellung reaktionärer Kräfte gehen, sondern gerade im Gegenteil: Das Recht wird von realen gesellschaftlichen Kräften bestimmt. Es kann das Recht nicht höher entwickelt sein, als die von der Entwicklung der Produktivkräfte abhängigen gesellschaftlichen Kräfte. Das aber bedeutet nicht, daß wir nicht vorwärtsschreiten sollten, denn es gilt, neuen fortschrittlichen Grundsätzen zum Durchbruch zu verhelfen. Darum muß die große Losung der Partei sein: Heran an die Betriebe, aber auch zu gleicher Zeit, heran an die Verwaltung und an den Apparat der Justiz. Wir würden ein schweres Versäumnis begehen, wenn wir nicht darauf ausdrücklich hinweisen würden. Das hat der Prozeß von Glauchau bewiesen. Genossinnen und Genossen! Der Prozeß von Glauchau und Meerane hat bewiesen, daß die Arbeit tausender fleißiger Hände in den Produktionsbetrieben sabotiert werden kann durch ein verbrecherisches Element in der Verwaltung und vor allem in der Justiz, und wenn diese Elemente geschützt werden, muß es die Aufgabe sein, sie zu bekämpfen. Die Linie dieses Kampfes ist aufgezeigt, aber nach Lenin kommt es darauf an, ihre Durchführung zu organisieren, und da gibt es Genossen, denen geht es, wie es etwa dem englischen Genossen gegangen ist, der hier erklärte, daß er ein Einreisevisum braucht, aber darauf verzichtet hat. Es gibt bei uns Genossen in der Verwaltung, die, wenn sie Neuland betreten, unbedingt sich einbilden, daß sie dazu ein Visum gebrauchen. Als wir beispielsweise die Volkspolizei aufstellten, da waren sie der Meinung, das geht nicht auf Grund des § 4 der Demokratischen Gemeindeordnung. Als wir jetzt das Kommunalwirtschaftsgesetz in Gang